

Kieler IfW plädiert für Nullrunde im öffentlichen Dienst

Steuerexperte hofft auf Beitrag zur **Haushaltskonsolidierung** – Ver.di empört.

Das Kieler Institut für Weltwirtschaft (IfW) hat sich mit Blick auf die Schuldenlast des Bundes für eine Nullrunde im öffentlichen Dienst ausgesprochen. „Um die Ausgaben zu senken, sollte die Bundesregierung eine Lohnpause im öffentlichen Dienst erwägen“, sagte IfW-Steuerexperte Alfred Boss dieser Zeitung. Wenn zwischen 2011 bis 2013 die Löhne nicht stiegen, könnten „zehn bis elf Milliarden Euro“ gespart werden, so der Wissenschaftler. Boss geht bei seiner Rechnung davon aus, dass die Löhne ohne Lohnpause etwa „um zwei Prozent jährlich steigen würden“. Nach der unlängst verabschiedeten mittelfristigen Finanzplanung muss der Bund bis 2013 voraussichtlich 310 Milliarden Euro neue Schulden aufnehmen. Allein 2010 soll die Nettokreditaufnahme auf 86,1 Milliarden Euro steigen.

Bei der Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di stieß der Vorschlag des IfW auf entschiedene Ablehnung: „Wissenschaftler wie Herr Boss sollten sich mit Ratschlägen zur Lohngestaltung zurückhalten“, sagte Achim Meerkamp, Ver.di-Bundesvorstand und Bundesfachbereichsleiter Gemeinden. „Es ist nicht einzusehen, dass die Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein weiteres Mal die Zeche für Fehlsteuerungen in der Politik zahlen sollen.“ Der öffentliche Dienst habe in den vergangenen Jahren schon erheblich Personal abgebaut und die Produktivität deutlich erhöht. Die Attraktivität der Arbeitsplätze habe gelitten. „Wir brauchen Impulse zur Stärkung der Binnennachfrage. Dazu gehören Lohnsteigerungen, auch im öffentlichen Dienst. Lohnpausen sind der komplett falsche Ansatz.“

Zuletzt hatten sich Forderungen nach Einschnitten bei den Beschäftigten gehäuft. So sprach sich Arbeitgeberpräsident Dieter Hundt unlängst dafür aus, in einigen Wirtschaftsbereichen die Entgelte zu senken. Handwerkspräsident Otto Kentzler hatte in dieser Woche zudem für längere Arbeitszeiten ohne Lohnausgleich plädiert. (fo)

Arcandor hat genügend Geld für Insolvenzverfahren

Insolvenzverwalter geht davon aus, dass das Verfahren wie geplant eröffnet wird – Sorge um **mögliche Werteinbußen** beim Verkauf der Thomas-Cook-Anteile.

von **Stephan Bauer** und **Daniela Meyer**

Ein Sprecher des vorläufigen Insolvenzverwalters von Arcandor, Klaus Görg, hat Medienberichte zurückgewiesen, wonach das Insolvenzverfahren mangels Masse platzen könnte. „Wir wissen nicht, woher dieser Unfug kommt. Wir bereiten Gutachten für das Gericht vor und gehen davon aus, dass das Verfahren am 1. September eröffnet wird“, sagte Görg-Sprecher Thomas Schulz dieser Zeitung. Aus Unternehmenskreisen hieß es, man sei über die Berichterstattung bei Arcandor sehr verwundert. Sie sei unrealistisch. Auch der Essener Insolvenzanwalt und Professor an der

Fachhochschule FOM, Sebastian Krause, glaubt nicht an „solche Gerüchte“. Um ein Verfahren zu eröffnen, müssten die Massekosten gesichert sein – also die Kosten für Gericht und Insolvenzverwalter. „Wenn noch 4000 Euro vorhanden sind, muss in Essen das Verfahren eröffnet werden. Und ich kann mir nicht vorstellen, dass bei Arcandor nicht mal mehr 4000 Euro vorhanden sind“, erklärt er. Zudem könnten die Gläubiger einspringen und die 4000 Euro vorstrecken. „Das würden sie sicher tun, da nur durch ein Insolvenzverfahren offengelegt und kontrolliert werden kann, was das Management in der Vergangenheit gemacht hat“, so Krause.

Unterdessen plagen Arcandor weitere Sorgen. Anteile von Arcandor an der Touristiktochter Thomas Cook sind im Zuge von Kreditaufnahmen an die Gläubiger verpfändet worden. Eine für Montag angesetzte Gläubigerversammlung, in der das weitere Vorgehen beraten werden sollte, wurde abgesagt. Die BayernLB hat die letzten 8,9 Prozent von Arcandors Thomas-Cook-Aktien auf ein eigenes Treuhanddepot gebucht. Damit haben weder Arcandor noch Görg die Möglichkeit, weiter auf den Verkauf von Thomas Cook Einfluss zu nehmen. „Wir bleiben aber mit den Banken im Gespräch und arbeiten an einem Sanierungskonzept, das wir in der



Frage der Woche

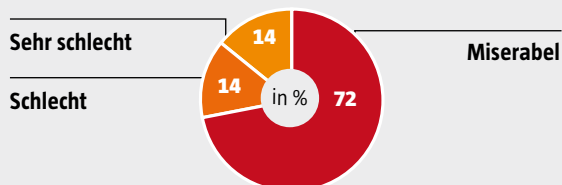
Die Unternehmensgewinne fielen im zweiten Quartal überwiegend positiv aus. Ist das nur ein Strohfeuer oder das Signal für die wirtschaftliche Trendwende?

Ja. Das Schlimmste ist überstanden.

Nein. Die Talsohle ist noch nicht durchschritten.

Die Frage von vergangener Woche:

Banker kassieren wieder riesige Boni. Wie ist aus Ihrer Sicht das Image der Banker?



Abstimmen können Sie immer bis Donnerstag, 24 Uhr, unter www.euroamsonntag.de. Die Ergebnisse der Umfrage werden jeweils im nächsten Heft veröffentlicht.

Aufstand gegen Landesbanker-Boni

Topmanager kassieren ab, als wäre nichts gewesen. Politiker fordern **Beschränkung** der Gehälter

Trotz umfangreicher staatlicher Hilfen zahlen einige Landesbanken wie WestLB und LBBW ihren Topmanagern weiterhin Millionengehälter und Boni. „Mit diesen Gehalts- und Bonuszahlungen ist die Grenze zur Schamlosigkeit überschritten, das ist abartig“, sagte Ex-DGB-Vizechefin Ursula Engelen-Kefer dieser Zeitung. „Dem muss durch eine harte Gesetzgebung und entsprechend scharfe Kontrollen Einhalt geboten werden. Die Gehälter der Landesbank-Manager sollten auf 500 000 Euro beschränkt werden, Bonuszahlungen müssen unterbleiben.“

Auch Bundesfinanzminister Peer Steinbrück (SPD) hatte zuvor eine solche Deckelung bei den Länder-

instituten gefordert, wie sie bei Banken bereits eingeführt ist, die staatliche Hilfen des Bundes erhalten. Bei der WestLB soll Medienberichten zufolge das durchschnittliche Jahresgehalt bei über einer Million Euro liegen. Auch der neue LBBW-Chef Hans-Jörg Vetter soll deutlich über 500 000 Euro verdienen.

Die mit öffentlichen Milliardengarantien gestützte WestLB will erst nach dem Ende ihres Geschäftsjahres 2009 entscheiden, ob sie wieder Bonuszahlungen an ihre Mitarbeiter ausschüttet. „Boni sind derzeit kein Thema“, sagte ein WestLB-Sprecher. Beschlüsse werde es erst nach dem Abschluss des Geschäftsjahres geben.

Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hatte sich ebenfalls gegen Bonuszahlungen bei der WestLB ausgesprochen. „Wenn eine Bank mit Steuergeldern unterstützt wird, gelten besondere Regeln. Dann müssen Bonuszahlungen verschwinden“, sagte er der „Rheinischen Post“. BayernLB-Chef Michael Kemmer hatte jüngst nicht ausgeschlossen, dass für 2009 bei der angeschlagenen Landesbank wieder Boni fließen werden. Damit hatte er harsche Kritik der Landesregierung in München ausgelöst. „Das ist keine gute Idee“, sagte Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer. In diesem Jahr gebe es auf keinen Fall Boni. (ehr)

IT-Markt Accenture sieht für Deutschland leichtes Plus **Seite 8**

ProSiebenSat.1 TV-Sender mit Erfolg auf Sparkurs **Seite 8**

Kopf der Woche: Horst-Eberhard Richter über Psyche und Krise **Seite 10**

zweiten Augushälfte präsentieren werden“, so Schulz.

Arcandor hält insgesamt knapp 53 Prozent an Thomas Cook, davon sichern etwa 43 Prozent einen Konsortialkredit der BayernLB, der Royal Bank of Scotland sowie der Commerzbank. Mit den restlichen Aktien ist eine Umtauschanleihe unterlegt. Diese Aktien wurden inzwischen von der BayernLB auf ein eigenes Konto eingebucht. Damit soll offenbar eine Dividendenausschüttung an die Anleihegläubiger gesichert werden. „Es schadet Arcandor, wenn die Banken uneins sind. Vermutlich wird das zu einer Filetierung von Arcandor und vielleicht sogar von Thomas Cook führen“, glaubt Krause. Er hält es für die beste Alternative, Thomas Cook als Paket und nicht in Einzelteilen zu verkaufen. „Ein Paketverkauf würde wohl mehr bringen als der Verkauf einzelner Teile.“

Das glaubt offenbar auch Arcandor selbst. „Im Interesse aller Beteiligten halten wir einen Paketverkauf für sinnvoller“, sagte Arcandor-Sprecher Gerd Koslowski.

Für den Handelskonzern ist ein Verkauf der Anteile die wichtigste Quelle, um an liquide Mittel zu kommen. Mit dem Mehrheitsverkauf hätte Arcandor die Chance auf einen aktuellen Börsenwert des Pakets von 1,2 Milliarden Euro übersteigende Prämie. Interessenten für eine Mehrheitsübernahme an Thomas Cook sind vorhanden. So hat der Handelskonzern Rewe bereits vor Wochen signalisiert, sich das Geschäft des Konkurrenten anschauen zu wollen. „Rewe hätte das Kapital für eine Übernahme. Schwierig würde aber die Integration in die Rewe Touristik“, sagt Karl Born, Tourismusexperte der Hochschule Harz und ehemals Mitglied des Vorstands der TUI.

Eine Alternative wäre laut Born die Übernahme von Thomas Cook durch Private-Equity-Investoren: „Sie könnten die Mehrheit kaufen und später filetieren.“ Eine Abgabe des britischen Reisekonzerns in Teilen hat Experten zufolge große Nachteile. „Das macht für Arcandor wenig Sinn, weil der Rest dann noch schwerer zu veräußern wäre“, so der Tourismusexperte. e

BayernLB an die Börse?

Bayerns Ministerpräsident **Horst Seehofer** hält sich alle Optionen offen

Bayerns Ministerpräsident Horst Seehofer schließt einen Börsengang der BayernLB prinzipiell nicht aus. „Alles ist möglich, wir prüfen alle Optionen“, sagte er im Club der Münchner Wirtschaftspresse, auch wenn ein Börsengang noch nicht thematisiert worden sei. Zudem gebe es die Alternative eines „Zusammenschlusses mit einer börsennotierten Bank“. Um welche es sich dabei handeln könnte, wollte Horst Seehofer nicht sagen.

Nach einer erfolgreichen Sanierung der Landesbank gibt es nach Ansicht des CSU-Politikers ohnehin nur zwei Möglichkeiten: „Entweder wir fusionieren oder wir privatisieren und reden darüber national und

international.“ Ziel müsse dabei immer sein, dass zumindest ein Teil der zehn Milliarden Euro, die der Staat für die Rettung der Bank bereitgestellt hatte, an die öffentliche Hand zurückfließe.

Auf die Frage, ob durch Probleme im Mittelstand für die BayernLB weitere Belastungen zu erwarten seien, sagte der Ministerpräsident: „So etwas kommt ja immer mit einer zeitlichen Verzögerung, deshalb sind Abschreibungen durch Kreditausfälle nicht auszuschließen.“ Er betonte, dass „selbst im schlimmsten Fall“ die Bank über der Kernkapitalquote von sieben Prozent liegen werde. Aktuell liege diese bei sehr guten zehn Prozent. (jos)

Bild: Adam Berry/Bloomberg News, Dominique Ecken/Keystone

Zwischen Hoffen und Banken

Am Dienstag entscheidet sich die Zukunft von **Escada**. Wenn die Anleihegläubiger nicht mitziehen, gehen beim Modehaus die Lichter aus.

von **Sven Parplies**

Die Anleihegläubiger des Modeunternehmens Escada sollen auf Ansprüche verzichten. Nur wenn mindestens 80 Prozent bis Dienstag das Umtauschangebot annehmen, bekommt Escada neuen Kredit bei der Hausbank und frisches Kapital von den Großaktionären. Euro am Sonntag sprach mit Escada-Chef Bruno Sälzer.

Euro am Sonntag: Herr Sälzer, was passiert, wenn nicht mindestens 80 Prozent der Anleihegläubiger das Umtauschangebot annehmen?

Bruno Sälzer: Wenn der Umtausch nicht erfolgt, dann führt an der Insolvenz wohl kein Weg vorbei. Durch die Finanzkrise bekommen wir von den Banken keinen Kredit und auch kein neues Eigenkapital. Deshalb ist unser Weg der einzige, das Unternehmen zu retten.

Euro am Sonntag: Für eine nachhaltige Gesundung muss Escada mehr Produkte verkaufen. Wann zeigt die Restrukturierung auch operativ Ergebnisse?

Sälzer: In der hochwertigen Mode ist ein zeitlicher Vorlauf von mehr als einem Jahr notwendig. So lange dauert es vom Entwurf einer Kollektion bis zum fertigen Produkt im Geschäft. Derzeit nehmen wir die Bestellungen der Händler für die Sommerkollektion 2010 entgegen – das ist die erste Kollektion, die vollständig seit Beginn der Neuausrichtung von Escada entstanden ist.

Euro am Sonntag: In den Auftragsengängen müssten Sie also schon eine Verbesserung spüren.

Sälzer: Wichtig ist, dass die Reaktionen der Händler und der Fachpresse auf unsere Kollektion eindeutig positiv sind. Was wir zudem sagen können, ist, dass wir bei der Zwischenkollektion für diesen Herbst seit ein paar Wochen besser laufen als der Gesamtmarkt für gehobene Damenmode.

Euro am Sonntag: Ordern Händler nicht automatisch weniger Ware, wenn Sie fürchten müssen, dass Escada demnächst in die Insolvenz geht?

Sälzer: Natürlich gibt es eine Unsicherheit im Markt und einen negativen Effekt beim Umsatz, aber den kann man nicht beziffern. Man darf ja nicht vergessen, dass der Markt für hochwertige Damenmode noch

immer prozentual zweistellig zurückgeht. Wir haben jedenfalls keinen Kunden verloren, sogar einige hinzugewonnen.

Euro am Sonntag: Wie sicher kann man überhaupt den Erfolg einer Modedekollektion planen?

Sälzer: Wir haben den großen Vorteil, dass Escada eine der bekanntesten Modemarken der Welt ist. Escada stand in seiner erfolgreichen Zeit für Farbe, Glamour, sinnliche Weiblichkeit, Qualität und Passform. Wenn Sie das mit zeitgemäßer Mode verbinden, können Sie eine Marke wiederbeleben.

Euro am Sonntag: Zunächst zählt, dass Sie die Anleihegläubiger überzeugen. Wie groß ist das Risiko, dass zu viele die Frist verschlafen?

Sälzer: Das ist tatsächlich ein Unsicherheitsfaktor, zumal die Anleihe von Anlegern weltweit gehalten wird. Es gibt keine vollständige Liste mit Namen, die wir abarbeiten könnten. Wir können ungefähr sagen, dass zwei Drittel institutionelle Investoren sind und ein Drittel Privatpersonen. Wir haben alle Banken angeschrieben und gebeten, dass sie ihre Kunden informieren. Aber es gibt keine Garantie, dass wir alle rechtzeitig erreichen.

Euro am Sonntag: Wann erwarten Sie ein Ergebnis?

Sälzer: Dienstag um 15 Uhr endet die Annahmefrist, wobei manche Depotbanken aus organisatorischen Gründen ihren Kunden eine frühere Frist bis Montag gesetzt haben. Am kommenden Mittwoch müssten uns dann die Zahlen vorliegen. e

Bruno Sälzer: Der Escada-Chef will das Modeunternehmen vor der Pleite retten

